



**Geschäftsführung
Digitalisierungsausschuss**

Frau Marusich

Telefon: (0221) 221 32851

E-Mail: olga.marusich@stadt-koeln.de

Datum: 23.09.2022

Niederschrift

über die **10. Sitzung des Digitalisierungsausschusses** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 22.08.2022, 16:00 Uhr bis 16:33 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Theo-Burauen-Saal (Raum-Nr. B 121)

Anwesend waren:

Vorsitz

Herr Manuel Jeschka Volt

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. David Lutz	GRÜNE
Herr Florian Weber	CDU
Herr Lino Hammer	GRÜNE
Herr Timo Hilleke	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Sandra Schneeloch	GRÜNE
Herr Eric Haeming	CDU
Herr Felix Spehl	CDU
Frau Lisa Steinmann	SPD
Herr Thomas Hegenbarth	Auf Vorschlag der SPD (ab 16:30 Uhr)
Herr Bürgermeister Dr. Ralf Heinen	SPD

Beratende Mitglieder

Frau Mela Chu	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Heiner Fröschen	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Sara Jansen-Neubert	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Catharina Brühl	Auf Vorschlag der CDU-Fraktion
Herr Harijn Esmael	Auf Vorschlag von Die Linke
Herr Christian Glashagen	Auf Vorschlag von Volt
Herr Emanuel Florakis	Auf Vorschlag der KLIMA FREUNDE

Herr Dirk Bachhausen	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Volker Scherzberg	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Herr Markus Schernick	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Frau Dr. Marie-Christine Frank	Auf Vorschlag der CDU
Herr Roland Berger	Auf Vorschlag von SPD
Herr Joachim Vranken	Auf Vorschlag der SPD

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Dr. Dr. Rainer Broicher	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
------------------------------	---

Verwaltung

Herr Beigeordneter Andree Haack
Frau Annette Berger
Frau Tanja Krins
Herr Frank Fricke
Herr Thomas Frohn
Herr Sebastian Knauff

GPR

Herr Frank Dethlefsen

GSBV

Frau Daya Holzhauer

Schriftführung

Frau Olga Marusich

Gäste

Herr Hilger
Herr Strzelecki
Frau Schulte zur Wißen
Herr Beiwinkel
Frau Woll
Herr Roll

Presse

-/-

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Nadine Mai	Auf Vorschlag der LINKEN (Vertretung durch Frau Tokyürek)
Herr Dr. Kay-Uwe Bartels	Auf Vorschlag der FDP (Vertretung durch Herrn Breite)

Beratende Mitglieder

Herr Michael Gautsch	Auf Vorschlag der AfD (Vertretung durch Herrn Busch)
Herr Florian Gewecke	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Dominic Land	Auf Vorschlag der CDU
Frau Lisa Wicharz	auf Vorschlag der SPD
Herr Florian Franzen	Auf Vorschlag der FDP
Frau Vivian Berhane	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Frau Marcia Grant	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Abdullah Aydik	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Alf Spröde	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender
Herr Heinz-Peter Bourry	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Eva-Maria Gärtner-Plückthun	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Der Vorsitzende Herr Jeschka begrüßt die Anwesenden und eröffnet die 10. Sitzung des Digitalisierungsausschusses. Der Vorsitzende erläutert zur Tagesordnung, dass folgende Ergänzungen vorliegen:

I. Öffentlicher Teil

1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 1.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Priorität der nächsten 10 Bürger*innendienste"
2502/2022
-zugesetzt am 19.08.2022-

II. Nichtöffentlicher Teil

9 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 9.1 Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Prüfbericht Kfz-Zulassungsangelegenheiten bei 34 - Bürgerdienste"
2595/2022
-zugesetzt am 19.08.2022-

11 Sachstandsberichte der Verwaltung

- 11.1 Sachstandsbericht über Digitalisierungsmaßnahmen und IT-Bedarfsfeststellungen in Höhe von 50.000 € netto bis 300.000 € netto
2372/2022
-zugesetzt am 19.08.2022-

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Frau Steinmann regt als Bestuhlungsform für künftige Sitzungen das Parlamentarische Rund an.

Herr Andree Haack, Beigeordneter für Stadtentwicklung, Wirtschaft, Digitalisierung und Regionales, stellt sich vor.

Die schlussgültige Ausarbeitung zum Thema Masterplan Digitalisierung wird noch etwas Zeit benötigen. Ein Vorschlag des Beigeordneten wird für das laufende Jahr avisiert.

Frau Steinmann betont das gemeinsame Anliegen, für den Beigeordneten damit eine Grundlage geschaffen zu haben. Diese kann nun inhaltlich weiter befüllt werden.

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung von sachkundigen Personen gemäß § 5 Absatz 2 der Hauptsatzung der Stadt Köln

-/-

1 Beantwortung von Anfragen aus vorherigen Sitzungen

- 1.1 **Beantwortung einer mündlichen Anfrage betreffend "Priorität der nächsten 10 Bürger*innendienste"**
2502/2022

Herr Glashagen stellt grundsätzlich die Frage, weshalb noch keine dezidierte Zeitplanung für die Bereitstellung der weiteren Leistungen vorliegt. Er erkennt darin ein Problem, weil es Planungen für einen Masterplan maßgeblich beeinflussen wird. Darüber hinaus weist er auf die aktuell anstehende Haushaltsplanung hin. Er befürchtet eine Finanzierungslücke, weil die in den letzten Jahren vorbereiteten und in den gemeinsamen Pool des OZG bereit gestellten Maßnahmen müssen umgesetzt und auf die Stadt Köln adaptiert werden.

Er möchte wissen, wie die Verwaltung damit umgehen würde, wenn es keinen gemeinsamen Geldtopf auf Landesebene gibt. In der Haushaltsplanung müsste mit berücksichtigt werden, dass dafür finanzielle Mittel bereitgestellt werden müssen.

Herr BG Haack erklärt, dass die Stadt im Rahmen des OZG die einzelnen Lösungen nicht selber beauftragt, sondern es gilt das EfA-Prinzip: Bestimmte Kommunen entwickeln eine Lösung, die für alle übertragbar ist. Er glaubt, dass alle Kommunen vor diesem Problem stehen, weil sie alle auf Lösungen warten. Er äußert die Hoffnung, dass die neue Landesregierung, entsprechend ihres Koalitionsvertrages, da unterstützen und einen Schwerpunkt bilden wird. Eine verbindliche Beantwortung kann erst erfolgen, wenn entsprechende Signale vom Land vorliegen.

Herr Weber schildert das OZG-Prinzip: Die über das OZG bereitgestellten Dienste wird die Stadt bei sich verbauen müssen, um sie zum*zur Bürger*in zu bringen, gleichzeitig wird sie im Bedarfsfall ihre Prozesse anpassen müssen. Er möchte wissen, ob die dargestellte Abfolge richtig ist und diese Prozessänderungen im Rahmen dieser Vorbereitung inbegriffen sind.

Herr BG Haack weist darauf hin, dass die Lösung noch unbekannt ist. Deshalb kann man sich nicht im Detail darauf vorbereiten.

Frau Berger, Amt für Informationsverarbeitung, erläutert die Relevanz der Schnittstellenproblematik beim OZG. Auch die Supportfragen des OZG sind teilweise noch nicht geklärt. Trotz eines Bündels an Problematiken bemüht sich die Stadt sehr, bei dem Thema voran zu kommen. Es wird daran gearbeitet, eine Automatisierung hinter dem Frontend hinzubekommen.

Die Verwaltung sichert eine Beantwortung zu.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

2 Mitteilungen der Verwaltung

2.1 Mitteilung zur digitalen Schulinfrastruktur 1604/2022

Herr Weber erkundigt sich hinsichtlich der Beschaffung der Geräte zur Ausstattung der Schüler*innen: ob die Stadt sich dabei nach Förderprogrammen oder nach einer Zielzahl richtet. Das hätte Auswirkungen auf die Einstellung im Haushalt. Er fragt an, ob die Nachbeschaffung der Geräte (jedes Jahr 10.000, jetzt sind ca. 50.000-60.000 Geräte in Bestand) nach ca. 5 Jahren Nutzungszeit im Haushalt vorgesehen ist.

Herr Hilger, Amt für Informationsverarbeitung, stellt dar, dass durch Fördermaßnahmen rund 65.000 iPads im Netz sind. Vor Corona waren dies 6.400 Endgeräte. In Beantwortung der Fragen verweist er auf den neuen Medienentwicklungsplan, der noch in diesem Jahr die Gremien erreichen soll. Es ist geplant, entsprechende Mittel in den Haushalt einzustellen, um die Geräte austauschen zu können.

Herr Berger erkundigt sich, hinsichtlich der Umsetzung der übrigen Aufträge, nach der zeitlichen Perspektive für die Maßnahme.

Herr Hilger erläutert das komplexe Vorgehen bei über 300 Schulgebäuden. Bei den 800 Access Points kann der Hersteller noch keinen neuen Sachstand benennen. Bei den 300 Access Points eines weiteren Herstellers steht derzeit eine Konzeptionierung zur Ausstattung von ca. 10-15 Schulen an.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

2.2 Mitteilung über den Standardlizenzwechsel Kölner offener Daten 1637/2022

Herr Weber fragt nach der Häufigkeit der abgerufenen Datensätze unter Nennung der KPI.

Die Verwaltung sichert eine Beantwortung zu.

Der Digitalisierungsausschuss nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

3 Sachstandsberichte der Verwaltung

4 Schriftliche Anfragen

5 Mündliche Anfragen

Frau Schneeloch bittet um eine Sachstandslage zum im Juni 2021 beschlossenen Antrag Baumretter*innen – Erweiterung der Stadt Köln App um eine Bauminfo und -pflege- Funktion (inklusive Schnittstelle zum Baumkataster) für alle Kölner*innen (AN/1118/2021). Der letzte Zwischenbericht erfolgte im November 2021. Bislang liegt keine Kostenschätzung für eine App vor. Für einen Doppelhaushalt ist diese jedoch virulent.

Die Verwaltung sichert eine Beantwortung zu.

Herr Berger fragt nach Gründen, warum es in Köln so wenige Lade- und Fast Charger- Möglichkeiten für Elektrofahrzeuge gibt. Er regt einen Bericht zum Ausbaustand und den Planungen für die Ladeinfrastruktur, insb. mit dem Schwerpunkt Fast Charger, an. Damit soll das Thema öffentlicher gemacht werden.

Der Ausschussvorsitzende Herr Jeschka erkennt die Zuständigkeit beim Verkehrs- bzw. dem Wirtschaftsausschuss.

Die Verwaltung nimmt die Anfrage mit und sichert eine Beantwortung zu.

Frau Steinmann erinnert an die von ihr in der Sitzung am 28.03.2022 gestellte Anfrage zum Medien- und IT-Rat.

Antwort der Verwaltung zur Niederschrift:

Beantwortung erfolgte zur Sitzung am 16.05.2022 unter TOP 1.3 (1225/2022 Mündliche Anfrage von RM Steinmann zum Medien- und IT-Rat).

6 Anträge

7 Allgemeine Vorlagen

**7.1 Restaurierungsdokumentationsmodul, fünfte Ausbaustufe (RDM 5)
1522/2022**

Herr Dr. Lutz fragt, ob die Angabe von 12 Prozent jährlichen Wartungs- und Pflegekosten auf einer Schätzung der Stadt basiert, oder sich dies aus dem Rahmenvertrag ergibt und ob die Stadt sich in die Abhängigkeit einer einzelnen Firma begibt, die ggf. -sofern kein Rahmenvertrag vorliegt- nach 2 Jahren die Stadt mit deutlich höheren Kosten konfrontieren könnte.

Frau Schulte zur Wißen, Historisches Archiv, erklärt, dass es sich um tatsächliche wie auch marktübliche Wartungskosten handelt, die von 15 auf 12 Prozent heruntergehandelt wurden. In der Vergangenheit wurden Wartungsverträge als eigenes Paket nachträglich bewilligt, heute sind diese mit zu beantragen sowie mit zu budgetieren und müssen einen Zeitraum von 3-4 Jahre erfassen. Sie bestätigt, dass sich die Stadt hierbei in eine gewisse Abhängigkeit begibt, was bei derartiger Spezialsoftware allerdings alternativlos ist. Die Ausbaustufe sechs ist technisch notwendig und wird noch folgen.

Beschluss:

Der Ausschuss erkennt den Bedarf zur Programmierung der 5. Ausbaustufe des Restaurierungsdokumentationsmoduls (RDM) an.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

8 Dringlichkeitsentscheidungen

Herr Jeschka schließt den öffentlichen Teil der Sitzung.

gez. Dr. David Lutz
(1. Stellvertretender Ausschussvorsitzender)

gez. Olga Marusich
(Schriftführung)